

KLIMAKRISE, VERTREIBUNG & ENTWICKLUNGSPOLITIK

Briefingpapier

Jänner 2022

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	2
2. Politischer Kontext	3
3. Zahlen, Daten & Fakten	5
4. Auswirkungen der Klimakrise auf Menschen im Globalen Süden.....	7
5. Klimakrise und Vertreibung.....	9
6. Was gilt es zu tun?.....	11



1. Einführung

Entwicklungspolitik ist auch Klimapolitik. Durch die voranschreitende Klimakrise werden Rufe nach Klimagerechtigkeit – also dem Zusammenwirken nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit – immer lauter. Dieses Briefingpapier beleuchtet die Wechselwirkungen zwischen Klimakrise und Vertreibung¹ (als negative Folge der Klimakrise) und welche Rolle Entwicklungspolitik dabei einnimmt. Umweltveränderungen, Naturkatastrophen und bewaffnete Konflikte zählen seit jeher zu den Hauptursachen erzwungener Migration, doch verschärfen sie die globale Klimakrise zusätzlich. Prognosen zur Klimakrise deuten darauf hin, dass im Laufe des 21. Jahrhunderts noch mehr Menschen migrieren müssen: Extreme wetterbedingte Ereignisse wie Überschwemmungen, Dürren und Stürme könnten noch häufiger und intensiver auftreten,² veränderte Niederschlags- und Temperaturmuster sich auf die Sicherheit oder gar Existenz unzähliger Menschen auswirken.³

Menschen in Ländern des Globalen Südens sind von diesen Veränderungen besonders betroffen, weshalb die Frage nach Klimagerechtigkeit zentral für Entwicklungspolitik ist. Für Entwicklungspolitik gilt, der Klimakrise vorzubeugen beziehungsweise Anpassungsmaßnahmen zu forcieren, mit denen sie bewältigt werden kann. Laut Allianz für Klimagerechtigkeit bedeutet ebendiese, „die notwendige ökologische Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft konsequent zu verwirklichen und gleichzeitig diese einzigartige Chance zu nützen, um mittels Klimaschutz friedenssichernd zu agieren und eine ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft zu entwickeln, die auf ihre schwächsten Gruppen besonders Rücksicht nimmt. Klimagerechtigkeit heißt auch, dass entwickelte Industrienationen vorangehen. Entwicklungsländer, die wenig zur Klimakrise beigetragen haben, aber jetzt schon massiv von den Folgen betroffen sind, gilt es zu unterstützen“.⁴ Klimagerechtigkeit bedeutet auch, Menschen, die aufgrund der Klimakrise flüchten müssen, im Sinne des menschenrechtsbasierten Ansatzes internationalen Schutz zu bieten.

¹ **Vertreibung** bedeutet durch die Klimakrise erzwungene Migration (innerhalb von Landesgrenzen und darüber hinaus).

² Rajendra K. Pachauri, Leo Meyer et al. (2015): Climate Change 2014: Synthesis Report. Abgerufen unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/SYR_AR5_FINAL_full.pdf, Zugriff am 30.04.2021

³ Internationale Organisation für Migration (IOM, 2020): Environmental Migration Portal – Knowledge Platform on People on the Move in a Changing Climate. Abgerufen unter <https://environmentalmigration.iom.int/environmental-migration-1>, Zugriff am 30.04.2021

⁴ Allianz für Klimagerechtigkeit (o.D.): Mission Statement. Abgerufen unter <https://klimaallianz.at/mission-statement/>, Zugriff am 04.11.2021



2. Politischer Kontext

Im Einklang mit der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung hat Entwicklungspolitik zu einem menschenwürdigen und guten Leben für alle beizutragen. Entwicklungspolitik setzt sich sowohl für faire politische, wirtschaftliche als auch soziale Rahmenbedingungen ein und nutzt dafür ihre operativen Instrumente, etwa Humanitäre Hilfe. Im Rahmen ihrer Soforthilfe versorgen Humanitäre Hilfsorganisationen Menschen während und unmittelbar nach Katastrophen oder Konflikten mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Kindernahrung, Medikamenten, Kleidung, Kochutensilien und vielem mehr.

Entwicklungszusammenarbeit wirkt langfristiger. Sie zielt darauf ab, Armut und Hunger zu reduzieren und die Lebensbedingungen der ärmsten Menschen zu verbessern und ihnen Lebensperspektiven zu ermöglichen. Entwicklungszusammenarbeit fördert beispielsweise nachhaltige ökologische Landwirtschaft für ein gutes Klima, hilft lokale Märkte aufzubauen und schafft Arbeitsplätze sowie andere Einkommensmöglichkeiten. Im Kontext der Klimakrise gilt es, einerseits Katastrophenvorsorge auszubauen und andererseits den Wiederaufbau nach Katastrophen klimaneutral und im Hinblick auf weitere Notsituationen zu gestalten. Gleichzeitig gilt es, die Widerstandsfähigkeit von Menschen (sprich ihre Resilienz) zu stärken und sie beispielsweise im Bereich klimaneutraler Anbaumethoden sowie ökologischer Landwirtschaft unter veränderten Bedingungen – etwa durch Dürreperioden – auszubilden.⁵

Mit solchen Maßnahmen tragen entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen, die die konkreten Herausforderungen vieler Weltregionen aus erster Hand kennen, schon heute dazu bei, vielfältige Ursachen von Flucht und Migration zu reduzieren und positive Lebensperspektiven aufzuzeigen. Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind dabei als Kontinuum zu verstehen, denn Maßnahmen der Humanitären Hilfe gehen oftmals fließend in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit über. Darüber hinaus klärt entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit über Klimagerechtigkeit auf und sensibilisiert für Ursachen sowie Auswirkungen der Klimakrise, zum Beispiel Vertreibung.

Eine sich verändernde Umwelt im Zusammenhang mit menschlicher Mobilität hat Einfluss auf politische Entscheidungen über Entwicklung, Migration sowie darüber, wie sich Menschen an unumkehrbare Folgen der Klimakrise anpassen und das Katastrophenrisiko reduzieren können.⁶ Auf globaler Ebene kam dieser Zusammenhang hauptsächlich bei Verhandlungen zum *Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen* der Vereinten Nationen (*United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC*) sowie in

⁵ Beispielsweise in Bezug auf trockenheitsresistentes Saatgut, angepasste Garten- und Landwirtschaft, Wasseraufbereitung und -management.

⁶ IOM (09.10.201): IOM Outlook on Migration, Environment and Climate Change. Abgerufen unter <https://publications.iom.int/books/iom-outlook-migration-environment-and-climate-change>, Zugriff am 04.11.2021



den Konsultationen, die zur Entwicklung des *Sendai Framework for Disaster Risk Reduction* führten,⁷ zum Ausdruck. Der *Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration*⁸ von 2018 hielt die Notwendigkeit fest, Umweltfaktoren als Ursache dafür, dass Menschen zur Migration gezwungen werden, zu adressieren.⁹

Mit dem Pariser Klimaabkommen erkennen die Unterzeichnerstaaten im Artikel 8 (erneut) an, dass Verluste und Schäden, die mit den negativen Folgen der Klimakrise in Zusammenhang stehen, zu verhindern oder einzudämmen sind. In den *Decisions to Give Effect to the Agreement* wird gefordert, konkrete Empfehlungen für ganzheitliche Ansätze zu entwickeln, um durch die Klimakrise bedingte Vertreibung von Menschen abzuwenden oder zu verringern.¹⁰

Ein zentrales internationales Instrument, mit dem Gefahren und Risiken für jene Personen, auf die sich die Klimakrise am stärksten auswirkt, minimiert werden können, ist der *Green Climate Fund*.¹¹ Er wurde von 194 Regierungen bei der Klimakonferenz in Cancún 2010 ins Leben gerufen, um den Ausstoß von Treibhausgasen in Entwicklungsländern zu reduzieren und gefährdete Bevölkerungsgruppen dabei zu unterstützen, ihre Lebensweise an jene Folgen der Klimakrise anzupassen, die bereits unumkehrbar sind. Die Bedeutung des Fonds wurde im Pariser Klimaabkommen erneut hervorgehoben.

Auch der *Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration* ruft Staaten dazu auf, ärmeren Ländern in diesem Anpassungsprozess beiseite zu stehen: „(...) *to develop adaptation and resilience strategies to sudden-onset and slow-onset natural disasters, (...) taking into account the potential implications for migration, while recognizing that adaptation in the country of origin is a priority*“.¹² Der *Globale Pakt für Flüchtlinge* schlägt Maßnahmen gegen Vertreibung vor, wenn diese mit Naturkatastrophen oder Auswirkungen der Klimakrise im Zusammenhang steht: Fluchtursachen vorbeugen oder bekämpfen, die Zusammenarbeit von Akteur*innen aus Politik, Humanitärer Hilfe, Entwicklung und Friedensförderung

⁷ Lorenzo Guadagno (2016): Human mobility in the Sendai Framework for Disaster Risk Reduction. In: *International Journal of Disaster Risk Science* Vol. 7/1, S. 30 - 40

⁸ Vereinte Nationen (2018): Generalversammlung Offizielles Protokoll. Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen: Teil II Globaler Pakt für Flüchtlinge. Abrufbar unter https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/11/GCR_final_GER.pdf, Zugriff am 04.11.2021

⁹ Debora Gonzalez Tejero, Lorenzo Guadagno, Alessandro Nicoletti (2020): Human mobility and the environment: Challenges for data collection and policymaking. In: *Migration Policy Practice* Vol. 10/1, Abgerufen unter <http://www.eurasyllum.org/wp-content/uploads/2020/04/MPP-January-March-2020-1.pdf>, Zugriff am 04.11.2021

¹⁰ „(...) to avert, minimize and address displacement related to the adverse impacts of climate change“. Siehe: UNFCCC (2015): Decision -/CP.21: Adoption of the Paris Agreement. Abgerufen unter https://unfccc.int/files/meetings/paris_nov_2015/application/pdf/cop_auv_template_4b_new_1.pdf, Zugriff am 04.11.2021

¹¹ siehe <https://www.greenclimate.fund/>

¹² Siehe United Nations (2018): *Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration*, S. 9. Abgerufen unter https://refugeesmigrants.un.org/sites/default/files/180711_final_draft_0.pdf, Zugriff am 04.11.2021

verbessern sowie Schutzinstrumente, wie zum Beispiel vorübergehenden Schutzstatus oder humanitäre Aufenthaltsregelungen, entwickeln.¹³

Darüber hinaus setzt sich die von einer Staatengruppe geleitete *Platform on Disaster Displacement* (vormals Nansen-Initiative)¹⁴ für einen besseren Schutz von Menschen, die aufgrund von Katastrophen oder Klimakrise grenzüberschreitend vertrieben werden, ein.¹⁵

3. Zahlen, Daten & Fakten

Neue Fälle von Vertreibung 2019 & 2020, nach Konflikten und Katastrophen aufgeschlüsselt

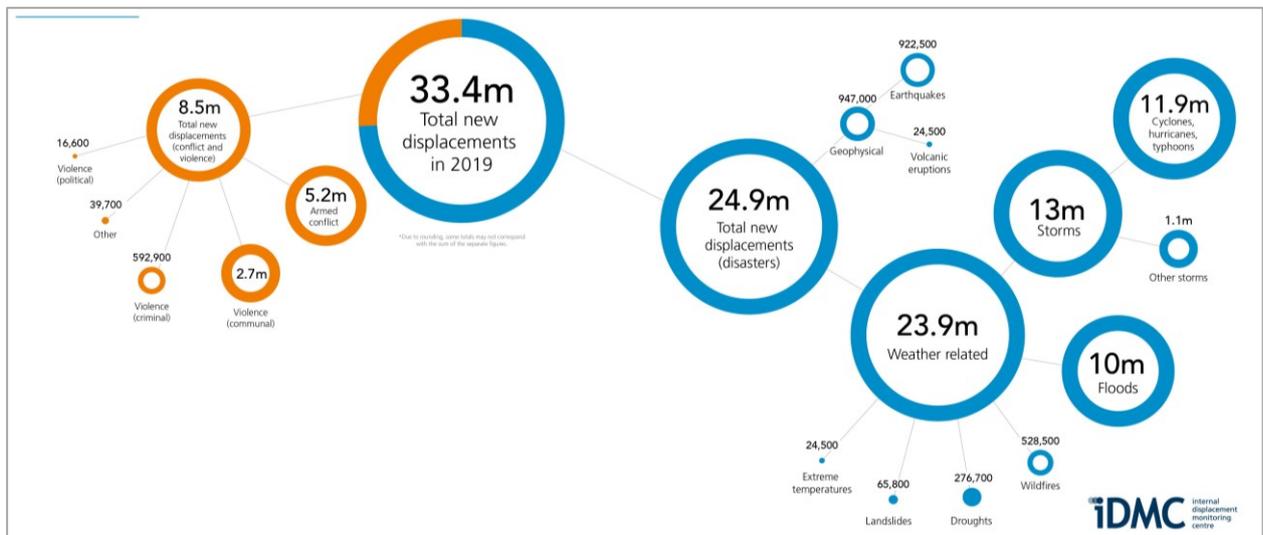


Abbildung 1 Neue Fälle von Vertreibung im Jahr 2019, nach Konflikten und Katastrophen aufgeschlüsselt.

¹³ Vereinte Nationen (2018): Generalversammlung Offizielles Protokoll. Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen: Teil II Globaler Pakt für Flüchtlinge, S. 3f. Abrufbar unter https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2018/11/GCR_final_GER.pdf, Zugriff am 04.11.2021

¹⁴ siehe <https://disasterdisplacement.org>

¹⁵ ebd.

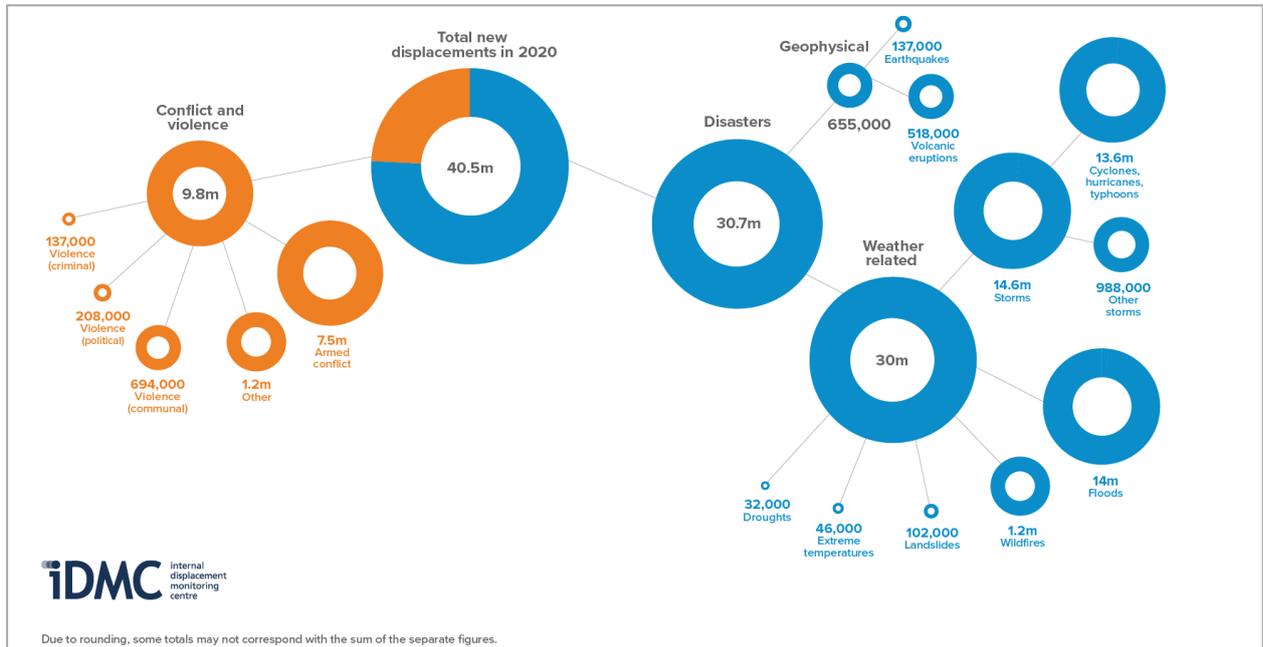


Abbildung 2 Neue Fälle von Vertreibung im Jahr 2020, nach Konflikten und Katastrophen aufgeschlüsselt.

- Im Jahr 2020 mussten 30,7 Millionen Menschen aus 149 Ländern und Gebieten aufgrund von Naturkatastrophen innerhalb ihres Landes flüchten (sogenannte Binnenvertriebene).¹⁶ Das ist der höchste Wert seit 2012 und er ist dreimal höher als die Anzahl jener Menschen, die aufgrund von Konflikt oder Gewalt¹⁷ flüchten mussten.
- Am häufigsten mussten Menschen aus Südasien, Ostasien und dem Pazifikraum wegen Naturkatastrophen, etwa tropischen Stürmen und Monsunregen, migrieren. Zumeist brachten sie sich kurzfristig in Sicherheit. Ende des Jahres 2020 zählten rund 7 Millionen Menschen in 104 Ländern und Territorien infolge von Naturkatastrophen als Vertriebene. Die Länder mit der höchsten Zahl von Binnenvertriebenen waren Afghanistan (1,2 Millionen), Indien (929.000), Pakistan (806.000), Äthiopien (633.000) und Sudan (454.000).¹⁸

¹⁶ Die Quantifizierung von klima- bzw. umweltbedingter Migration ist angesichts der vielfältigen Ursachen solcher Bewegungen, der damit verbundenen methodischen Herausforderungen und des Fehlens von Datenerfassungsstandards eine große Herausforderung. Es liegen einige quantitative Daten zur Bevölkerungsverschiebung aufgrund von Naturkatastrophen innerhalb eines Landes und, in geringerem Maße, über Landesgrenzen hinweg vor. Für die Migration aufgrund langsam einsetzender Umweltprozesse wie Dürren oder der Anstieg des Meeresspiegels sind die meisten vorhandenen Daten jedoch qualitativer Natur und basieren auf Fallstudien, weil es nur wenig vergleichende Studien dazu gibt. Ebenso fehlen Geschlechter-disaggregierte Analysen.

¹⁷ Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC, 2021): Global Report on Internal Displacement 2021. Abgerufen unter <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2021/>, Zugriff am 05.11.2021

¹⁸ ebd.



- 90 Prozent aller Naturkatastrophen sind Überflutungen, Stürme oder Dürren. Seit Anfang der 1990er hat sich die Häufigkeit dieser Wetterextreme verdoppelt.¹⁹
- Im Vergleich zu heute könnten bei einer Klimaerhitzung von 2 Grad Celsius zusätzlich 189 Millionen Menschen an Hunger leiden, bei 4 Grad Celsius sogar 1,8 Milliarden.²⁰
- Die Zahl der von Überschwemmungen bedrohten Menschen soll laut Prognosen von aktuell 1,2 auf rund 1,6 Milliarden im Jahr 2050 ansteigen (das entspräche fast 20 Prozent der heutigen Weltbevölkerung).
- Schätzungen zufolge dürften derzeit 1,8 Milliarden Menschen von Bodendegradierung, Wüstenbildung und Dürre betroffen sein.²¹
- 3 Milliarden Menschen haben keine ökologisch sauberen, gesundheitlich unbedenklichen Kochbrennstoffe oder verfügen über keinen Stromanschluss, um Kochen zu können. Das sind zwei von fünf Menschen weltweit.²²
- Im Kontext von Umwelt- und Klimaveränderungen siedeln Regierungen vermehrt ganze Gemeinden um. Zum Beispiel wurden Hunderttausende Menschen in Äthiopien und mehrere Millionen Menschen in China umgesiedelt.²³
- Langsam einsetzende Prozesse wie Dürreperioden oder der Anstieg des Meeresspiegels führen dazu, dass Menschen zunehmend mobiler werden müssen.



4. Auswirkungen der Klimakrise auf Menschen im Globalen Süden

Auch wenn Menschen auf der ganzen Welt von sich verschlechternden klimatischen Bedingungen und Wetterextremen betroffen sind, die ihren Lebensraum dauerhaft so verändern, dass sie abwandern müssen, sind Menschen in ärmeren Ländern infolge dieser Veränderungen viel häufiger zu Migration oder Flucht gezwungen. Eine Analyse von Oxfam zeigt, dass plötzlich eintretende Wetterkatastrophen Menschen in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen fünf Mal häufiger treffen als Menschen in Ländern mit hohem Einkommen. Langsam eintretende Klima- und Umweltverschlechterungen sind

¹⁹ Lukas Eichelter (04.12.2018): 3 Lösungen gegen Klimafolgen! So einfach erklärt, als wären sie nicht kompliziert. Abrufbar unter <https://medium.com/world-food-programme-insight-german/3-l%C3%B6sungen-gegen-klimafolgen-so-einfach-erkl%C3%A4rt-als-w%C3%A4ren-sie-nicht-kompliziert-36e4974c6165>, Zugriff am 05.11.2021

²⁰ ebd.

²¹ UN Water (18.03.2019): UN World Water Development Report 2019. Abrufbar unter <https://www.unwater.org/publications/world-water-development-report-2019/>, Zugriff am 05.11.2021; UNESCO World Water Assessment Programme (2019): Weltwasserbericht der Vereinten Nationen 2019: Niemanden Zurücklassen, Zusammenfassung. Abrufbar unter https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000367303_ger, Zugriff am 05.11.2021

²² Sustainable Energy for All (22.05.2019): UN-Initiative Sustainable Energy for All Report on Tracking SDG7: The Energy Progress Report. Abrufbar unter <https://www.seforall.org/news/5-key-takeaways-from-the-new-tracking-sdg7-the-energy-progress-report>, Zugriff am 05.11.2021

²³ Foresight (2011): Migration and Global Environmental Change. Final Project Report. The Government Office for Science, London. Abrufbar unter https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/287717/11-1116-migration-and-global-environmental-change.pdf, Zugriff am 05.11.2021; für mehr Literaturhinweise zum Thema Umsiedelung siehe Global Migration Data Portal (2020): Environmental Migration, update vom 27. Oktober 2020. Abgerufen unter https://migrationdataportal.org/themes/environmental_migration, Zugriff am 05.11.2021



dabei nicht berücksichtigt.²⁴ Diese haben oft schwerwiegende Auswirkungen insbesondere auf sozial benachteiligte Gruppen und Menschen in ländlichen sowie landwirtschaftlich geprägten Regionen,²⁵ deren Lebensgrundlagen direkt bedroht sind.

Aktuell lebt etwa ein Drittel der Weltbevölkerung von der Landwirtschaft – einem Sektor, der auf ein funktionierendes Öko- und Klimasystem angewiesen ist.²⁶ Diese Menschen sind am stärksten von natürlichen Ressourcen abhängig. Wiederkehrende klimabedingte Ereignisse wie Dürren oder Überschwemmungen machen es ihnen, aber insbesondere auch marginalisierten Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, immer schwerer, sich den Folgen von Naturkatastrophen oder graduellen Umweltveränderungen anzupassen. Sie haben dazu weniger Ressourcen sowie Möglichkeiten und sind meist von Prozess, Präventions- und Unterstützungsmaßnahmen systematisch ausgeschlossen. Ein fehlender inklusiver Katastrophenschutz führt letztlich dazu, dass Sterberaten von Mädchen, Buben, Frauen und Männern mit Behinderungen während oder nach einer Naturkatastrophe höher sind als von Menschen ohne Behinderungen.²⁷

Auswirkungen auf arme Menschen

Naturkatastrophen verschärfen die Lebensumstände von Menschen, die bereits von Armut und Marginalisierung betroffen sind: Wenn Überschwemmungen und andere extreme Wetterereignisse ihre Häuser und Felder zerstören, führen daraus resultierende Einkommensausfälle dazu, dass arme Menschen, die ohnehin begrenzte Ressourcen haben, sich nur schwer eine neue Lebensgrundlage aufbauen können. Gerade in Ländern mit niedrigem Einkommen oder armen Inselstaaten sind staatliche Strukturen zu schwach, um betroffene Menschen angemessen zu unterstützen. Sie haben zu wenig Mittel, um beispielweise alternative Lösungen wie Dammanlagen zu fördern. Zudem leben arme und marginalisierte Menschen oft in Krisenregionen mit unzureichender Infrastruktur, wie etwa Kriegsgebieten, urbanen Slums oder Flüchtlingslagern. Die Auswirkungen der Klimakrise treffen diese Menschen besonders und können ganze Gemeinschaften anfälliger für zukünftige Krisen machen. Zugleich stellt die große Anzahl Schutzsuchender in Aufnahmelandern und -regionen, die stark von Bodendegradierung oder Wassermangel betroffen sind, eine große Herausforderung dar und trägt zu weiteren Umweltzerstörungen bei.

²⁴ Oxfam (2017): Uprooted by Climate Change. Responding to the growing risk of displacement. Abgerufen unter https://www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/file_attachments/bp-uprooted-climate-change-displacement-021117-en.pdf, Zugriff am 05.11.2021

²⁵ IDMC (2018): Global Report on Internal Displacement 2018. Abgerufen unter <http://www.internal-displacement.org/global-report/grid2018/>, Zugriff am 05.11.2021

²⁶ Haerlin, B. (2018); zit.n. Achberger, Carolin-Anna; Borsky, Stefan; Kirchengast, Gottfried (2019): Klimawandel und Migration: Wie Klima und Wasserprobleme bei Flucht und Wanderung mitwirken. Abgerufen unter <https://www.researchgate.net/publication/331812687>, Zugriff am 05.11.2021

²⁷ World Institute on Disability (o.D.): Climate Change and Natural Disasters: An Overview. Abgerufen unter <https://wid.org/2018/09/26/natural-disasters/>, Zugriff am 05.11.2021



Auswirkungen auf Frauen und Mädchen

Klimabedingte Katastrophen sind für arme Frauen und Kinder besonders lebensgefährlich. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie von Wirbelstürmen oder Überflutungen getötet werden, ist 14 Mal höher als jene von Männern.²⁸ Aufgrund systematischer Geschlechterungleichheit haben Frauen kaum Entscheidungsmacht und ihr Zugang zu Informationen, Ressourcen und Mobilität ist vielfach beschränkt. Dadurch haben sie weniger Möglichkeiten, sich an unumkehrbare Folgen der Klimakrise anzupassen, sich von Katastrophen zu erholen und Auswirkungen der Klimakrise auf das eigene Umfeld abzumildern. Für Frauen und Mädchen mit Behinderungen ist intersektionale Diskriminierung²⁹ eine zusätzliche Barriere, die sie daran hindert, sich selbstbestimmt auf künftige Krisen vorzubereiten.

Zugleich tragen Frauen durch ihre gesellschaftliche Rolle wesentlich dazu bei, das Klima zu schützen und dass sich Gemeinschaften an veränderte Bedingungen anpassen. In Ländern des Globalen Südens wirtschaften Frauen meist auf kleinen Flächen, setzen wenig Maschinen ein, versorgen in erster Linie ihre Familien und verkaufen ihre Produkte auf lokalen Märkten (Kleinsthandel). Doch wird es für sie immer aufwendiger und risikoreicher, Essen, Wasser, Brennstoffe und andere lebensnotwendigen Güter zu beschaffen, etwa weil Wasserquellen weit entfernt liegen. Eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung unbezahlter (Ver-)Sorge-Arbeit, die gleichberechtigt zwischen Frauen und Männern aufgeteilt ist, könnte zu einem schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen beitragen und den sozialen Zusammenhalt stärken.



5. Klimakrise und Vertreibung

Die Gründe für klimabedingte Vertreibung sind multidimensional:³⁰ Sie überschneiden und verstärken sich häufig gegenseitig. Auf Dürren können beispielsweise Ernteausfälle folgen, woraufhin Lebensmittel knapp und Lebensgrundlagen zerstört werden. Ressourcenknappheit kann allein ein Grund für Migration sein, sie kann aber auch zu Konflikten und Kriegen führen, die Menschen ebenfalls zwingen zu migrieren. Auch Armut und Ungleichheit, politische Instabilität und fragile Staatlichkeit, sexuelle

²⁸ CARE (2020): Evicted by Climate Change: Confronting the Gendered Impacts of Climate-Induced Displacement. Abgerufen unter <https://careclimatechange.org/wp-content/uploads/2020/07/CARE-Climate-Migration-Report-v0.4.pdf>, Zugriff am 05.11.2021

²⁹ Intersektionalität beschreibt die Überschneidung und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungskategorien gegenüber einer Person.

²⁹ Ghenis, Alex (o.D.): Climate Change and Natural Disasters: An Overview. Abgerufen unter <https://wid.org/2018/09/26/natural-disasters>, Zugriff am 05.11.2021



oder geschlechtliche Diskriminierung, Hunger, Ernährungsunsicherheit³¹ und Wasserknappheit sind häufig Gründe für Migration.³²

Weil aufgrund der Klimakrise die Luft- und Wassertemperaturen steigen, Extremwetterereignisse immer häufiger und intensiver auftreten und sich die Umwelt graduell verändert, nehmen interne sowie grenzüberschreitende Migration zu. Menschen werden in Zukunft noch mobiler sein.³³ Auswirkungen der Klima- und Umweltkrise lassen sich in *slow-onset changes* (zunehmende Schädigung der Umwelt) und *fast-onset events* (plötzlich auftretende Ereignisse wie etwa Naturkatastrophen) unterteilen. Doch in der Regel beeinflussen eine Fülle an politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie ökologischen Faktoren zusätzlich die Entscheidung eines Menschen, vorübergehend oder dauerhaft zu migrieren. Im Abkommen von Cancún definierten die Vertragsstaaten des *UN-Framework Convention on Climate Change (UNFCCC)* drei Formen von Migrationsbewegungen, die von der Klimakrise verursacht werden:

- **Vertreibung:** Im Kontext extremer und plötzlicher Umwelt- und Klimaereignisse ist Flucht oft die einzige Möglichkeit, um Katastrophen und Gefahren zu entkommen. Flucht als Reaktion auf Vertreibung kann temporär und permanent sein.
- **Migration:** Aufgrund klimabedingter Faktoren wie etwa fehlende oder unzureichende Nahrungsversorgung, fehlendem Zugang zu Wasser oder wirtschaftlichen Möglichkeiten, entscheiden sich Menschen oftmals dazu, zu migrieren. Andernfalls könnten sie ihre Existenzgrundlagen oder gar ihre Lebensperspektiven verlieren.³⁴
- **Geplante Umsiedlung:** Im besten Fall entscheiden sich betroffene Gemeinschaften inklusiv und partizipativ für eine geplante Umsiedlung.

Menschen, die aufgrund von extremen Klima- und Wetterkatastrophen vertrieben werden, migrieren zu meist innerhalb ihrer Staatsgrenzen, häufig in nächstgelegene Städte.³⁵

³¹ World Food Programme (05.05.2017): Hunger steigert globale Migration – zeigt neuer WFP-Bericht. Abgerufen unter <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/hunger-steigert-globale-migration-zeigt-neuer-wfp-bericht>, Zugriff am 05.11.2021; World Food Programme (2021): At the Root of Exodus: Food security, conflict and international migration. Abgerufen unter https://docs.wfp.org/api/documents/WFP-0000015358/download/?_ga=2.264514506.412760041.1568899777-364779129.1568899777, Zugriff am 05.11.2021

³² IDMC (2018): Global Report on Internal Displacement 2018. Abgerufen unter <http://www.internal-displacement.org/global-report/grid2018/>, Zugriff am 05.11.2021

³³ Achberger, Carolin-Anna; Borsky, Stefan; Kirchengast, Gottfried (2019): Klimawandel und Migration: Wie Klima und Wasserprobleme bei Flucht und Wanderung mitwirken. Abgerufen unter <https://www.researchgate.net/publication/331812687>, Zugriff am 05.11.2021; IPCC (2014): Klimaänderung 2014: Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit. Häufig gestellte Fragen und Antworten. Abgerufen unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/03/IPCC_AR5_WGII_FAQ_deutsch.pdf, Zugriff am 05.11.2021

³⁴ Auch diese Entscheidung ist zumeist erzwungen und wird nicht freiwillig (ohne äußere Faktoren) getroffen.

³⁵ Wilkinson, Emily et al. (2016): Climate-induced migration and displacement: closing the policy gap. Abgerufen unter <https://cdn.odi.org/media/documents/10996.pdf>, Zugriff am 05.11.2021



Trapped populations – gefangene Bevölkerungsgruppen

Nicht außer Acht gelassen werden dürfen *trapped populations*: Extrem arme Bevölkerungsgruppen, die zwar stark von der Klimakrise betroffen sind, aber kaum Möglichkeiten und Ressourcen haben, zu migrieren.^{36 37} Zum Beispiel sind Menschen mit Behinderungen aufgrund intersektionaler Diskriminierung besonders armutsgefährdet. Sie sind häufiger auf staatliche Programme angewiesen, um ihre Bedürfnisse, wie z.B. barrierefreies Wohnen oder persönliche Assistenz, decken zu können. Ein Umzug, sowohl innerhalb eines Landes als auch über Landesgrenzen hinweg, kann für sie schwierig bis unmöglich sein.

Auch Frauen und Mädchen bleiben häufig zurück, um sich um Kinder oder andere Familienangehörige zu kümmern, während Männer migrieren, um neue Einkommensquellen zu erschließen. Frauen sind in diesen Fällen einer erhöhten Arbeitsbelastung ausgesetzt: Neben der Sorgearbeit und ihren bisherigen Tätigkeiten müssen sie die Aufgaben ihrer Ehemänner übernehmen. Brechen soziale und familiäre Netzwerke weg, sind Frauen und Mädchen dann oft mehr Gewalt ausgesetzt. Gleichzeitig eröffnet ihnen neue Rollen auch gesellschaftliche und politische Teilhabe, mit der sie zu einem besseren Zusammenhalt beitragen können.



6. Was gilt es zu tun?

Es gilt dazu beizutragen, dass Menschen ein menschenwürdiges, gutes Leben in sozialer und politischer Stabilität führen können. Wenn sich weniger Menschen auf den Weg machen müssten, wird Migration zu einer Möglichkeit unter vielen. Gerade in einer Zeit, in der Armut wieder steigt, Menschenrechtsverletzungen zunehmen und die Auswirkungen der Klimakrise stärker werden, gilt es, Lebensgrundlagen zu erhalten und Lebensperspektiven für alle Menschen zu ermöglichen. Das gilt insbesondere für Menschen in den ärmsten Ländern der Welt – zumal sie am wenigsten zur Klimakrise beitragen. Ihre Regierungen verfügen oft nicht über genügend finanzielle Mittel, um Schutz- oder Anpassungsmaßnahmen an die unumkehrbaren Folgen der Klimakrise für ihre Bewohner*innen zu finanzieren.

Daher ist es Gebot der Stunde, die ungleich verteilten Folgen der Klimakrise unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips auszugleichen und **internationale Klimagerechtigkeit** im Sinn der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Die Politik ist aufgerufen, Klimagerechtigkeit herzustellen.

³⁶ IOM (2019): International Migration Law: Glossary on Migration. Abgerufen unter https://publications.iom.int/system/files/pdf/iml_34_glossary.pdf, Zugriff am 05.11.2021

³⁷ Ghenis, Alex (2015): Climate Change, Migration, and People with Disabilities. Abgerufen unter <https://worldinstituteondisabilityblog.files.wordpress.com/2018/09/migration-blogs-take-2.pdf>, Zugriff am 05.11.2021



Klimagerechtigkeit bietet die Chance, mittels Klimaschutz eine ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft zu entwickeln, die auf ihre schwächsten Gruppen besonders Rücksicht nimmt.

Handlungsempfehlungen an die Politik zur Förderung von Klimagerechtigkeit

- Die österreichische Bundesregierung sollte einen umfassenden, menschenrechtsbasierten, inklusiven, intersektionalen sowie kohärenten Maßnahmenplan erarbeiten und umsetzen, mit dem sie dazu beiträgt, die Klimaziele zu erreichen.
- Die österreichische Bundesregierung sollte sicherstellen, dass sie ausgeglichen in Programme zu Klimaschutz sowie zur Anpassung an unumkehrbare Folgen der Klimakrise investiert und sich dafür einsetzt, dass die EU gleichermaßen agiert. Mittel für Anpassungen an die Folgen der Klimakrise und zur Minderung des Katastrophenrisikos sollten gezielt an Hochrisikoländer mit geringen Ressourcen gehen, bevorzugt an besonders exponierte Gemeinden und Regionen.
- Die österreichische Bundesregierung sollte einen entsprechenden Beitrag zum festgelegten Ziel für Industrieländer, jährlich 100 Mrd. US-Dollar für Klimamaßnahmen in Ländern des Globalen Südens bereitzustellen, leisten. Dieser Beitrag, der im Pariser Klimaabkommen festgelegt wurde, sollte zusätzlich zur bestehenden internationalen Verpflichtung, 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung zu stellen, geleistet werden.
- Die österreichischen Vertreter*innen in der EU sollten sich dafür einzusetzen, dass Finanzmittel für Klimaschutz sowie für Maßnahmen, um sich an die Klimakrise anzupassen, nicht auf Kosten jener entwicklungspolitischen Leistungen geht, die die EU bereits zugesagt hat.
- Die österreichische Bundesregierung sollte Länder des Globalen Südens dabei unterstützen, nationale Maßnahmenpläne, mit denen sie sich an unumkehrbare Folgen der Klimakrise anpassen können, zu entwickeln und umzusetzen. Dafür müssen oft erst Expertise und Kapazitäten von Selbstvertretungsorganisationen wirtschaftlich, institutionell oder sozial marginalisierter Gruppen aufgebaut werden. Die lokale Bevölkerung sollte in Entscheidungen eingebunden werden – vor allem dann, wenn es um Umsiedelung aus Risikogebieten geht.
- Die österreichische Bundesregierung sollte einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des *UN-Green Climate Fund* leisten.
- Österreichische Regierungsvertreter*innen sollten sich an internationalen und interdisziplinären Initiativen und Thinktanks beteiligen, die zum Schutz vor klimawandelbedingten Katastrophen arbeiten (z.B. der *Platform on Disaster Displacement*, vormals Nansen-Initiative) und diese fördern.



- Die österreichische Bundesregierung sollte für die internationale Bekämpfung von COVID-19 einen klimaneutralen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wiederaufbau in Ländern des Globalen Südens forcieren.
- Die österreichische Bundesregierung sollte einen Schutzmechanismus für Menschen, die aufgrund der Klimakrise aus ihrer Heimat vertrieben werden, einführen und sich auf internationaler Ebene für diesen einsetzen. Unabhängig davon, ob sie bereits einen legalen Status erlangt haben, gilt es, Vertriebenen Schutz und Zugang zu lebensnotwendigen Leistungen (z.B. Unterkunft, Nahrung, medizinische Versorgung) zu gewähren.

Konkrete entwicklungspolitische Handlungsempfehlungen an die Politik

Letztlich gehen entwicklungspolitische und klimapolitische Maßnahmen Hand in Hand, teilweise ergänzen sie sich. Mit folgenden Handlungen kann die österreichische Bundesregierung einen wertvollen Beitrag dazu leisten, damit sich Länder des Globalen Südens künftig besser an unumkehrbare Folgen der Klimakrise anpassen und daher weniger Menschen zur Migration gezwungen sind:

- Die österreichische Bundesregierung sollte entwicklungs- und klimapolitische Programme so gestalten, dass sie die Resilienz von Staaten, Regionen und Menschen, die besonders von der Klimakatastrophe betroffenen sind (vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt mit Fokus auf die am meisten gefährdeten Menschen), verbessern und eine eigene Budgetlinie dafür vorsehen, z.B. im *Dreijahresprogramm der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 2022 - 2024*.
- Die österreichische Bundesregierung sollte die institutionelle und staatliche Katastrophenvorsorge in entwicklungs- und klimapolitischen Programmen (vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt mit Fokus auf die am meisten gefährdeten Menschen) verstärken und eine eigene Budgetlinie dafür vorsehen. Dazu zählt unter anderem, ...
 - ... Programme zur Katastrophenvermeidung zu fördern und zu stärken.
 - ... adäquate, auf Menschen ausgerichtete Frühwarnsysteme und damit verknüpfte Finanzierungsmechanismen (*forecast-based financing*) zu fördern und zu stärken.
 - ... ein sektorenübergreifendes Risikomanagement, mit dem Katastrophen in allen entwicklungs- und klimapolitischen Programmen gemindert werden können, zu fördern und zu stärken.
- Die österreichische Bundesregierung sollte in ihren Programmen sicherstellen und sich in der EU dafür einsetzen, dass Infrastrukturprojekte, wie etwa Schulen, Spitäler oder Kraftwerke so gebaut werden, dass sie Klimaextremen, Naturkatastrophen oder steigenden Wasserspiegeln standhalten.



- Die österreichische Regierung sollte sich dafür einzusetzen, dass Länder des Globalen Südens erleichterten Zugang zu angemessenen Klimaschutztechnologien erhalten, die zu ihren lokalen Umständen passen und dazu beitragen, ihre Emissionen zu senken.
- Die österreichische Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, Aufnahme- und Transitregionen von Vertriebenen im Globalen Süden, die von klimabedingter Vertreibung besonders betroffen sind, stärker zu unterstützen. Dabei gilt es, die Rechte von vertriebenen und schutzsuchenden Menschen in allen Bereichen zu integrieren (beispielsweise ihren Anspruch, wirtschaftliche und soziale Infrastruktur in den Aufnahme- und Transitregionen zu nutzen, besonders auf lokaler Ebene). Ebenso gilt es, Bedürfnisse der Aufnahmegesellschaft zu wahren, um Spannungen zwischen Einheimischen und Schutzsuchenden vorzubeugen. Daher sollten Katastrophenschutzgesetze und Vorsorgepläne so angepasst werden, dass sie eine integrierte institutionelle Betreuung von Vertriebenen aufgrund der Klimakrise in Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländern sicherstellen.
- Die österreichische Bundesregierung sollte Programme ausbauen, die ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und dazugehörige Ausbildungen in Ländern des Globalen Südens fördern.

Damit Maßnahmen effizient und effektiv sein können, ist es notwendig, zivilgesellschaftliche Akteur*innen aus Österreich sowie aus Ländern des Globalen Südens in Planung und Umsetzung einzubinden. Das betrifft insbesondere jene Menschen und Gemeinschaften, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind, etwa vulnerable und marginalisierte Gruppen : Kinder und Jugendliche, Frauen, Mädchen oder Menschen mit Behinderungen. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen kennen die Lage vor Ort und wissen, welche Maßnahmen notwendig sind. Mit ihrer Unterstützung kann gewährleistet werden, dass niemand zurückgelassen wird und wir alle – im Sinne der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung – ein menschenwürdiges Leben auf einem gesunden Planeten führen können.